Erschienen in: Schoen, Harald/Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung, Baden-Baden: Nomos, 2009, 259-279.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Wenn ich mich recht erinnere…
Zur Validität von Rückerinnerungsfragen

Harald Schoen

1. Einleitung

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen veröffentlicht werden. Sie informieren über Meinungen zu privaten, gesellschaftlichen und politischen Fragen, aber auch über das Verhalten von Menschen. So erfährt der Leser etwa, wie viele Personen schon einmal eine Reise online gebucht haben (vgl. Spiegel Online 2005). Laut einer anderen Umfrage haben 62 Prozent aller männlichen Computernutzer in Deutschland schon einmal ein wichtiges Passwort vergessen, aber nur knapp die Hälfte der weiblichen (vgl. Umfragen 2005). Im Auftrag einer Kfz-Versicherung brachte eine Umfrage ans Licht, dass rund 55 Prozent der deutschen Autofahrer bei jedem Richtungs- und Fahrspurwechsel blinken (vgl. Auto Motor und Sport 2005). Man kann sich darüber informieren, dass 53 Prozent der Deutschen schon einmal etwas von Thomas Mann gelesen haben, 52 Prozent von Bertolt Brecht, aber nur 24 Prozent von Max Frisch (vgl. Neue Epoche 2005). Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht schließlich vermeldete in ihrem Jahresbericht 2005, dass knapp zwei Prozent der Deutschen zwischen 15 und 34 Jahren im Jahr vor der Befragung einmal Kokain konsumiert hatten (vgl. Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht 2005: 57). Nur kurze Zeit später wiesen allerdings Zuccato et al. (2005) in einer aufsehenerregenden Untersuchung nach, dass die in Gewässern nachweisbaren Kokainrückstände auf weitaus höhere Konsummengen hindeuten, als es die Ergebnisse von Umfragen zu diesem Thema erahnen lassen. Dieser Befund rückt auch die vorher dargestellten Umfrageergebnisse zum Verhalten von Menschen in ein zweifelhaftes Licht: Auskünfte von Befragten über ihr Verhalten scheinen dieses nur unzureichend widerzuspiegeln. Unterstrichen wird die Skepsis durch die Tatsache, dass 2005 neun Prozent der Deutschen zugaben, schon einmal schwarzgearbeitet zu haben, aber 2004 16,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts der Schattenwirtschaft zugerechnet wurden (vgl. Bayern 2 Radio 2005). Es bestehen also ernsthafte Zweifel an der Validität von Interviewfragen, die sich auf Verhalten in der Vergangenheit beziehen. Solche Validitätsmängel sind in jedem Fall ärgerlich, können aber auch ernsthafte Konsequenzen haben, etwa dann, wenn aus verzerrten Umfrageergebnisse irreführende Handlungsempfehlungen an wirtschaftliche oder politische Akteure abgeleitet werden.

In diesem Aufsatz soll exemplarisch die Validität einer Rückerinnerungsfrage genauer untersucht werden, die in der Wahlforschung eine wichtige Rolle spielt: die Frage nach dem Wahlverhalten bei der letzten Wahl. Sie ist ein wesentlicher Baustein in den Wählerwanderungsanalysen, die an keinem Wahlabend fehlen dürfen:

Nur wenn man weiß, wie sich Personen bei der aktuellen und bei der vorangegangenen Wahl verhalten haben, kann man sinnvolle Aussagen über Änderungen des individuellen Wahlverhaltens treffen (siehe etwa Gehring 1994; Hilmer/Kunert 2005). Zugleich ist die sogenannte Recallfrage ein Element der politischen Gewichtung von Umfragen zur Wahlabsicht (vgl. etwa Rattinger/Ohr 1993; Krauß 1994; Roth 1998: 91-92). An der Validität dieser wichtigen Frage werden immer wieder gravierende Zweifel angemeldet. Sie messe nicht, was sie messen solle, sondern bilde in Wirklichkeit nur ein zweites Mal die aktuelle Parteipräferenz ab (vgl. etwa Juhász 1993). Freilich betrachten nicht alle Forscher die Rückerinnerungsfrage als derart problematisch. Beispielsweise interpretieren Anderson et al. (2005: 35) einen starken empirischen Zusammenhang zwischen den Auskünften zur Recall- und zur Wahlabsichtsfrage als Indiz dafür, dass Antworten auf die Recallfrage nur unwesentlich von Bandwagon-Effekten beeinflusst würden und daher valide seien. Auf die Möglichkeit, dass der enge empirische Zusammenhang auf Ausstrahlungseffekte der aktuellen Wahlabsicht auf die Recallangaben zurückzuführen und daher ein Indiz für Validitätsdefizite sein könnte, gehen sie dagegen nicht ein. Die Sensibilität für mögliche Probleme bei der Rückerinnerungsfrage ist also durchaus begrenzt.

Dieser Beitrag versucht die Validität der Recallfrage ein wenig genauer zu beleuchten. Zunächst wird die Problematik der Frage nach früherem Wahlverhalten aus theoretischer Sicht diskutiert. Anschließend werden Hypothesen zu Häufigkeit, Art und Bestimmungsgrößen von Recallfehlern auf der Basis umfangreichen empirischen Materials überprüft, ehe ein kurzes Resümee den Beitrag abschließt.

2. Die Rückerinnungsfrage aus theoretischer Sicht

Auf den ersten Blick mag man es für selbstverständlich halten, dass Bürger ohne größere Schwierigkeiten korrekt angeben, wie sie sich bei der letzten Wahl entschieden haben. Bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Aufgabe jedoch als durchaus anspruchsvoll. Gibt eine Person ihre Stimme ab, dann wird sie dies in der Regel bewusst wahrnehmen und sich für einige Zeit daran erinnern können, da diese Information im Langzeitgedächtnis gespeichert wird und leicht in das Arbeitsgedächtnis zurücktransportiert werden kann (siehe dazu etwa Steenbergen/Lodge 2003; Lodge/Taber 2005). Allerdings kann diese Information im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten. Ein Problem entsteht auch, wenn die Information zwar nicht vergessen wird, aber mit der Zeit uminterpretiert wird. Denn dies führt zu einer falschen Erinnerung. Drittens schließlich ist an die Möglichkeit zu denken, dass sich ein Befragter zwar vollkommen zutreffend an sein Wahlverhalten erinnert, aber dieses dem Interviewer nicht nennt, sondern eine andere Angabe macht. Diese drei potentiellen Probleme sollen nun ein wenig näher beleuchtet werden, um ihre Bedeutung in Bezug auf die Recallfrage und die Rückerinnerungsproblematik abzuschätzen.

Ob eine Person im Langzeitgedächtnis gespeicherte Informationen abrufen, sich also erinnern kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Im Langzeitgedächtnis gespeicherte Informationen können leicht aktiviert werden, wenn sie einer Person wichtig, mit eindeutigen konsistenten Bewertungen belegt sind oder häufig

abgerufen werden (vgl. etwa Huckfeldt/Sprague 2000; Lavine et al. 2000). Nun ist für die meisten Menschen das Leben, aber nicht die Politik wichtig (vgl. van Deth 2000). Auch dürften sie nicht regelmäßig an ihre Wahlentscheidung bei einer früheren Wahl denken und damit entsprechende Informationen abrufen. Starke und konsistente Bewertungen der Wahlentscheidung dürften vor allem bei überzeugten Parteianhängern anzutreffen sein, nicht aber bei politisch wenig interessierten Personen, die verschiedenen Parteien und Politikern eher indifferent oder ambivalent gegenüberstehen.

Klare (partei-)politische Präferenzen steigern die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person an ihr Wahlverhalten erinnert, doch können sie auch Verzerrungen in der politischen Informationsverarbeitung begünstigen. Politische Orientierungen steuern die Aufmerksamkeit, die politische Wahrnehmung und weitere Schritte der politischen Informationsverarbeitung, weshalb Menschen beispielsweise Informationen, die zu ihren politischen Prädispositionen passen, rasch aufnehmen, andere Information hingegen ignorieren oder umzuinterpretieren versuchen. Die Tendenz zu kognitiver Konsonanz, die bereits vor mehreren Jahrzehnten untersucht wurde (siehe Heider 1946; Festinger 1957) und in der Zwischenzeit detaillierter aus kognitionspsychologischer Perspektive analysiert wurde (siehe etwa Redlawsk 2002; Steenbergen/Lodge 2003: 150f.; Lodge/Taber 2005), kann durchaus auch nach der Aufnahme von Informationen eine Rolle spielen. Sie kann etwa dafür sorgen, dass die Erinnerung an das Wahlverhalten im Laufe der Zeit so uminterpretiert wird, dass eine Person meint, sie habe bereits vor drei Jahren für die Partei votiert, die sie nun den anderen vorzieht. Diese Tendenz ist am stärksten ausgeprägt, wenn ein Mensch eine starke Parteipräferenz aufweist und es ihm zudem gleichgültig ist, ob seine Vorstellungen von der Realität mit dieser übereinstimmen. Je wichtiger ihm letzteres ist, umso stärker kann der verzerrende Einfluss von Parteipräferenzen begrenzt werden. Allerdings streben Menschen vor allem dann nach zutreffenden Vorstellungen von der Realität, wenn sie ihre Entscheidungen mit gravierenden persönlichen Folgen verbunden sehen oder gar Furcht verspüren (vgl. Marcus et al. 2000; Marcus/MacKuen 2001; Taber et al. 2001: 218ff.). Für viele Menschen ist jedoch nicht erkennbar, dass ihr Urteil oder ihre Entscheidung in einer politischen Frage spürbare Wirkungen auf ihr eigenes Leben entfalten. Soweit eine Person starke Parteibindungen besitzt, ist daher durchaus mit erheblichen Verzerrungen bei der Erinnerung an früheres Wahlverhalten zu rechnen.

Ein dritter Faktor, der die Validität von Antworten auf die Recallfrage beeinträchtigen kann, ist die Interviewsituation. Denn eine Person, die sich zutreffend an ihr Wahlverhalten erinnert, kann der Meinung sein, ihr Verhalten stimme nicht mit wahrgenommenen gesellschaftlichen Normen überein, es daher für sich behalten und statt dessen eine Antwort geben, die ihr gesellschaftlich akzeptiert erscheint. Sie kann beispielsweise meinen, der Interviewer erwarte von „guten“ Bürgern eine regelmäßige Wahlteilnahme, weshalb sie äußert, ihre Stimme abgegeben zu haben, obgleich sie sich genau daran erinnern kann, den Wahlsonntag von früh bis spät am Strand verbracht zu haben. Oder ein Bürger kann trotz bester Erinnerung seine Entscheidung für eine extremistische Partei für sich behalten. Oder er kann es für sozial erwünscht halten, sich regelmäßig für die gleiche Partei zu entscheiden, weshalb er auf die Recallfrage die momentan präferierte Partei nennt, auch wenn er tatsächlich

eine andere Partei gewählt hat. Schließlich kann sich ein Befragter zwar zutreffend seines tatsächlichen Wahlverhaltens erinnern, aber wegen einer intensiven Präferenz für eine andere Partei letztere angeben.

Wie diese knappe Skizze verdeutlicht hat, können verschiedene Mechanismen dazu beitragen, dass mit der Recallfrage nicht das gemessen wird, was gemessen werden soll, nämlich Wahlverhalten bei einer bestimmten früheren Wahl. Es ist daher damit zu rechnen, dass Respondenten die Rückerinnerungsfrage nicht in allen Fällen zutreffend beantworten.

Aus der obigen Diskussion des Antwortverhaltens lassen sich im Einklang mit der Literatur auch begründete Vermutungen darüber anstellen, welche Verzerrungen auftreten (vgl. etwa Himmelweit et al. 1978; Waldahl/Aardal 1982, 2000; Schoen 2003: 95ff. m.w.L.). Befragte, die sich nicht mehr erinnern können, für welche Partei sie gestimmt haben, könnten aufrichtig äußern, sie wüssten es nicht mehr. Die gleiche Antwort könnten Respondenten geben, die sich zwar erinnern können, aber ihre Wahlentscheidung etwa aus Gründen sozialer Erwünschtheit nicht preisgeben wollen. Allerdings dürften sich für diese Antwort nur Personen entscheiden, die nicht „gute“ Befragte sein wollen, von denen sie meinen, dass sie zu allen Fragen eine substantielle Antwort gäben. Dies scheint jedoch eher selten der Fall zu sein, weshalb sich Respondenten selten für „weiß nicht“ entscheiden dürften.

Eine Möglichkeit, eine Erinnerungslücke zu schließen, besteht darin, die in der betreffenden Wahl siegreiche Partei zu nennen. Dies kann geschehen, weil eine Person das Bedürfnis verspürt, auf der Seite des Siegers zu stehen. Sie kann sich aber auch dafür entscheiden, weil sie ernsthaft überlegt, für welche Partei sie sich entschieden haben könnte, und dabei annimmt, dass sie wohl auch wie die Mehrheit gestimmt habe. Im zweiten Fall nutzt der Befragte die Information über den Wahlsieger als Heuristik, während er im ersten Fall einem psychischen Bedürfnis nachgibt. Antwortverhalten im Sinne der Bandwagon-These, das in Retrospektivbefragungen zur Überschätzung des Stimmenanteils der siegreichen Seite führt, konnte empirisch nachgewiesen werden (vgl. etwa Weir 1975). Da es ein gewisses Maß an politischem Wissen voraussetzt, kann man freilich nicht selbstverständlich davon ausgehen.

Die Konsistenzthese besagt, dass Befragte auf die Recallfrage ihre momentane Parteipräferenz angeben. Dabei kann es sich um Personen handeln, die sich nicht erinnern können und ihre momentane Parteipräferenz als Heuristik nutzen. Erinnerungslücken sind allerdings keine notwendige Bedingung für dieses Muster. So könnte ein Befragter im Laufe der Zeit eine intensive Parteibindung entwickelt haben, die seine Erinnerung verzerrt hat, so dass er nun überzeugt ist, bei der vorangegangenen Wahl tatsächlich für die nunmehr präferierte Partei gestimmt zu haben. Darüber hinaus kann eine Parteipräferenz so intensiv sein, dass ein Respondent sich zwar an seine tatsächliche frühere Wahlentscheidung erinnert, aber die Dissonanz zu seiner jetzigen Parteipräferenz als so schmerzhaft empfände, dass er letztere angibt. Schließlich kann eine Person gleichlautende Wahlentscheidungen bei aufeinanderfolgenden Wahlen als Wert an sich ansehen und daher ihre Angabe zur Rückerinnerungsfrage an ihre momentane Parteipräferenz anpassen. Unabhängig von den Ursachen von Konsistenzverzerrungen lassen sie die Rückerinnerungsfrage wenigstens zum Teil als ein zusätzliches Maß für die momentane Parteipräferenz erscheinen

(vgl. Juhász 1993). Folglich würde mit diesem Instrument zum einen die Zahl der Wechselwähler systematisch unterschätzt. Das würde auch bedeuten, dass im Vergleich von stabilen und wechselnden Wählern erstere weniger falsche Recallangaben machen sollten als letztere (vgl. etwa Waldahl/Aardal 1982; Schoen 2003). Zudem würde die Recall-Gewichtung praktisch zu keinen Veränderungen von empirischen Ergebnissen führen. Selbst wenn man diese Gewichtungsmethode grundsätzlich für geeignet hält, zu validen Ergebnisse beizutragen, wäre ihre praktische Wirkung daher erheblich eingeschränkt.

Die drei skizzierten Verhaltensweisen unterscheiden sich darin, dass die erste nicht zu einer objektiv richtigen Antwort auf die Recallfrage führen kann, während dies in den beiden anderen Fällen durchaus möglich ist. Denn wenn sich jemand an sein tatsächliches Wahlverhalten nicht mehr erinnern kann und stattdessen seine momentane Parteipräferenz angibt, kann er damit durchaus richtig liegen. Im Umkehrschluss heißt dies, dass nicht jede richtige Antwort auf die Recallfrage eine perfekte Erinnerung indiziert und daher der Anteil zutreffender Angaben die Erinnerung an das Wahlverhalten überschätzt. Soweit Falschantworten vorkommen, ist damit zu rechnen, dass sie am häufigsten mit der Konsistenzthese in Einklang stehen. Denn wie die Diskussion gezeigt hat, können Konsistenzverzerrungen aus einer deutlich größeren Zahl von Motiv-, Wissens- und Verhaltenskonstellationen resultieren als die anderen Fehler.

Neben der Häufigkeit und Art von Falschantworten wollen wir danach fragen, wovon es abhängt, ob eine Person die Rückerinnerungsfrage richtig beantwortet. An dieser Stelle wird nicht versucht, ein neues Modell zur Erklärung von Recallfehlern zu entwickeln und zu prüfen, da dies eine andere Datenbasis erforderte. Stattdessen sollen in der Literatur vorgetragene Argumente dargestellt, diskutiert und anschließend empirisch überprüft werden.

Eine wichtige Rolle wird Eigenschaften der Befragten zugeschrieben. Politisches Interesse gilt als ein Faktor, der eine korrekte Antwort begünstigt (vgl. etwa Faul 1960: 263; Converse 1962: 580; Weir 1975: 58; Powers et al. 1978: 386; Schoen 2000; siehe aber auch Himmelweit et al. 1978: 372). Das erscheint deshalb plausibel, weil Interesse an Politik dafür sorgen kann, dass eine Person politisch relevante Informationen leicht aus dem Langzeitgedächtnis abrufen kann. Handelt es sich um „neutrales“, nicht parteilich gefärbtes Interesse, könnte es auch dazu beitragen, dass eine Person auf korrekte politische Wahrnehmungen Wert legt und daher Verzerrungen in der Informationsverarbeitung verhindern.

Weir (1975: 56) führt das Gefühl, es sei eine Bürgerpflicht, an Wahlen teilzunehmen, als Faktor an, der korrekte Rückerinnerungsantworten begünstige. Denn, so die Begründung, dieses Pflichtgefühl sorge auch dafür, dass eine Person großen Wert auf korrekte Vorstellungen von der politischen Realität lege. Allerdings kann man das Wahlpflichtgefühl auch als Indikator für die Verinnerlichung von wahlbezogenen sozialen Normen auffassen. Eine davon könnte darin bestehen, in einem Interview stets anzugeben, an einer Wahl teilgenommen zu haben, und Erinnerungslücken nicht zuzugeben. Zum Teil könnte ein starkes Wahlpflichtgefühl auch in einer intensiven Parteibindung begründet liegen. Diese Argumente lassen negative Effekte des Wahlpflichtgefühls auf die Recallgenauigkeit durchaus plausibel erscheinen. Daneben wird auch das politische Kompetenzgefühl als Einflussfaktor

diskutiert. Einerseits wird darauf hingewiesen, es hänge mit politischem Interesse und objektivem Wissen zusammen (vgl. etwa Milbrath/Goel 1977: 60f.; Vetter/Maier 2005), weshalb ein positiver Effekt auf die Recallgenauigkeit zu erwarten sei. Andererseits argumentiert Weir (1975: 55), ein ausgeprägtes Kompetenzgefühl könne daher rühren, dass eine Person ihr früheres Wahlverhalten geschickt rekonstruiere.

Mit der Motivation eines Menschen, zutreffende Vorstellungen von seiner Umwelt zu besitzen, dürften auch Persönlichkeitsmerkmale zusammenhängen. In der Persönlichkeitspsychologie spielen die sogenannten Big Five eine zentrale Rolle (siehe dazu Costa/McCrae 1989; Schumann/Schoen 2005). Von den fünf Persönlichkeitszügen dürften für die Genauigkeit von Recallangaben vor allem zwei Eigenschaften relevant sein. Gewissenhaftigkeit umfasst Streben nach Ordnung, Selbstdisziplin, Pflichtbewusstsein und überlegtes Handeln, weshalb hohe Werte auf der Gewissenhaftigkeitsdimension korrekte Antworten auf die Rückerinnerungsfrage begünstigen sollten. Neurotizismus enthält emotionale Labilität, Angst, Impulsivität und fehlendes Selbstbewusstsein. Menschen mit hohen Neurotizismus-Werten könnten daher weniger in der Lage sein, stabile Erinnerungen aufzubauen, und sich darüber hinaus verstärkt von momentanen äußeren Einflüssen leiten lassen. Im Ergebnis ist daher mit einem negativen Effekt die Recallgenauigkeit zu rechnen.

Politisches Wissen gilt ebenfalls als ein Faktor, der korrekte Recallantworten begünstigt (vgl. Schoen 2000). Dafür wird ins Feld geführt, dass es mit dem Streben nach korrekten Vorstellungen von der politischen Realität sowie den kognitiven Fähigkeiten einer Person zusammenhänge. Mit einem ähnlichen Argument begründet Weir (1975: 55) eine positive Wirkung hoher formaler Bildung auf die Recallkorrektheit (siehe aber auch Waldahl/Aardal 1982: 104ff.). Dem Lebensalter wird eine negative Wirkung auf die Recallgenauigkeit zugeschrieben, was einerseits mit der nachlassenden Gedächtnisleistung, andererseits einem zunehmenden Bedürfnis nach kognitiver Konsistenz begründet wird (vgl. Waldahl/Aardal 1982: 103; Juhász 1993: 36ff.).

Ambivalent wird die Wirkung von Parteibindungen auf die Recallgenauigkeit beurteilt. Zunächst kann man auf die Korrelation zwischen Parteiidentifikation und politischem Interesse hinweisen (vgl. Campbell et al. 1960: 143; Milbrath/Goel 1977: 36), die dafür spricht, dass Parteianhänger sich besser an ihr Wahlverhalten erinnern können als andere Personen. Das politische Interesse von Parteianhängern ist freilich in der Regel nicht parteipolitisch neutral. Daher könnte eine Parteibindung auch und gerade zu Verzerrungen in der politischen Informationsverarbeitung beitragen. Folglich könnte eine Parteibindung dafür sorgen, dass eine Person auf die Recallfrage eine andere als die tatsächlich gewählte Partei nennt, nämlich die Identifikationspartei (vgl. Weir 1975: 56). Der zuletzt genannte Fall ist allerdings nur dann wahrscheinlich, wenn eine Person zwischen der Wahlentscheidung, auf die sich die Recallfrage bezieht, und der Befragung eine neue und starke Parteibindung erworben hat. Denn war sie bereits zum Zeitpunkt der Wahl, auf die sich die Rückerinnerungsfrage bezieht, Anhängerin der jetzigen Identifikationspartei, dann würden Einflüsse der Parteiidentifikation auf die Informationsverarbeitung eine korrekte Antwort auf die Recallfrage wahrscheinlicher werden lassen.

Auch der Zeitpunkt eines Interviews könnte die Korrektheit der Recallangaben beeinflussen. Bedenkt man, dass Wahlkämpfe das politische Interesse steigern (vgl. etwa Finkel 1989), ist damit zu rechnen, dass es Menschen leichter fällt, sich mit abnehmender zeitlicher Distanz zu einem Wahltag richtig zu erinnern. Gleichzeitig tragen Wahlkämpfe jedoch zur Aktivierung parteipolitischer Prädispositionen bei (vgl. etwa Lazarsfeld et al. 1944; Schoen 2004), weshalb Verzerrungen bei Antworten auf die Recallfrage wahrscheinlicher werden könnten.

Neben den vorgestellten Faktoren werden in der Literatur weitere Größen mit der Korrektheit der Recallangaben in Verbindung gebracht. So wird etwa auf die Interviewsituation hingewiesen (vgl. van der Eijk/Niemöller 1979: 304), auf die Länge des Recallintervalls (siehe Himmelweit et al. 1978: 366ff., 372f.; van der Eijk/Niemöller 1979: 295), auf zwischenzeitlich durchgeführte Wahlen anderen Typs (siehe Waldahl/Aardal 2000: 381ff.), die Zahl der Parteien (siehe Granberg/Holmberg 1988: 200) und die Konstanz in der Zusammensetzung des Parteienangebots (vgl. Himmelweit et al. 1978: 369; van der Eijk/Niemöller 1983: 300f.; Waldahl/Aardal 2000: 381ff.). Die Wirkung dieser Faktoren kann an dieser Stelle mangels geeigneter Daten allerdings nicht untersucht werden. Daher wird sich die Analyse auf die vorher dargestellten potentiellen Einflussgrößen beschränken. Diese erscheint trotz dieser Beschränkung reizvoll, da sie es ermöglicht, Einflüsse verschiedener Größen, deren Wirkung zum Teil mit sehr ähnlichen Argumenten begründet wird, simultan zu prüfen.

3. Datengrundlage

Die Analyse der Antworten auf die Frage nach früherem Wahlverhalten stützt sich auf Daten aus Wiederholungsbefragungen zu den Bundestagswahlen 1994, 1998, 2002 und 2005.[1]

Die Richtigkeit der Recallangaben wird überprüft, indem diese verglichen werden mit der Antwort der Befragten zum aktuellen Wahlverhalten bei der entsprechenden früheren Wahl. Da eine gelungene Validierung eine valide Kriteriumsvariable voraussetzt, wird damit implizit vorausgesetzt, dass die Angaben zum aktuellen Wahlverhalten, seien sie prospektiv oder retrospektiv formuliert, das tatsächliche Wahlverhalten korrekt widerspiegeln. Diese Annahme ist offensichtlich nicht vollständig erfüllt. Denn es gibt Anhaltspunkte dafür, dass einige Personen tatsachenwidrig eine Wahlteilnahme angeben (vgl. etwa Traugott/Kathosh 1979; Silver et al. 1986; Granberg/Holmberg 1991; Presser/Traugott 1992). Auch werden die Stimmanteile sozial wenig anerkannter Parteien, etwa rechtsextremer Gruppen, in Umfragen häufig unterschätzt. Diese und verwandte Effekte sprechen gegen die vollständige Validität der Angaben zur aktuellen Wahlentscheidung. Gleichwohl ist sie die beste in Umfragen erzielbare Annäherung an das tatsächliche Wahlverhalten. Daher dient sie in der vorliegenden Analyse als Validierungskriterium für die Rückerinnerungsfrage. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, dass nicht jede Diskrepanz

[1] Der Datensattz zu den Untersuchungen 1994 bis 2002 ist unter der Nummer 4301 beim Datenarchiv der Gesis erhältlich.

zwischen Recallauskünften und Angaben zum aktuellen Stimmverhalten bei der entsprechenden Wahl von vornherein als Recallfehler zu interpretieren ist.

4. Empirische Analyse

In der empirischen Analyse soll zunächst geklärt werden, wie häufig die Recallangabe mit der Antwort auf die Frage nach dem aktuellen Wahlverhalten bei der entsprechenden Wahl übereinstimmt. Dabei werden drei verschiedene Varianten betrachtet. Erstens werden alle Befragten mit allen Angaben zu beiden Befragungszeitpunkten berücksichtigt, und es wird ermittelt, welchen Anteil die Befragten ausmachen, die zweimal die gleiche Partei oder zweimal Wahlenthaltung angeben. In die Berechnung gehen also alle Personen ein, die bei einer der beiden Befragungen die Antwort verweigern oder mit „weiß nicht“ antworten. Auf diese Weise erhält man eine konservativ geschätzte Rate korrekter Recallangaben. Eine zweite Variante blendet die Respondenten aus, die bei der Frage nach dem aktuellen Stimmverhalten bei der entsprechenden Wahl „weiß nicht“ äußerten oder die Antwort verweigerten. In der dritten Variante werden schließlich auch die Befragten ausgeblendet, die auf die Rückerinnerungsfrage mit „weiß nicht“ antworten oder ganz darauf verzichten, eine Antwort geben. Diese Variante führt zu einer eher optimistischen Schätzung der Recallvalidität, da sie implizit annimmt, dass ein „weiß nicht“ auf die Rückerinnerungsfrage keine Antwort in der Sache sei. Am adäquatesten erscheint daher die zweite Berechnungsvariante: Sie wertet „weiß nicht“ und Antwortverweigerung auf die Recallfrage als substantielle Falschangaben, blendet aber alle Personen aus, die sich für eine dieser beiden Optionen bei der Frage nach dem aktuellen Wahlverhalten entschieden; dies erscheint sinnvoll, da diese Interviewangabe das tatsächliche Wahlverhalten nur unzureichend abbildet und daher nicht zur Validierung geeignet ist.

Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, bestätigt die empirische Evidenz die Zweifel an der Validität der Recallfrage. Entscheidet man sich für die konservativste Berechnungsmethode, sind in den neuen Ländern durchgängig praktisch nur 50 Prozent zutreffende Angaben festzustellen. In den alten Ländern liegt der Wert 1998 auf dem gleichen Niveau, steigt bis 2005 jedoch immerhin etwas über die 60-Prozentmarke. In der Variante 2 steigen die Richtigkeitsraten in den neuen Ländern auf gut 50 Prozent, in den alten Ländern in der Spitze auf rund 65 Prozent. Legt man die optimistische Variante 3 zugrunde, erhält man für Ostdeutschland wenig mehr als 60 Prozent richtiger Antworten, während in Westdeutschland der Anteil richtiger Recallantworten zwischen rund 65 und 75 Prozent schwankt.

Tabelle 1: Anteil richtiger Antworten auf die Recallfrage bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005

	1998		2002		2005	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Variante 1	51	48	58	51	57	47
Variante 2	59	55	66	59	66	56
Variante 3	64	61	70	63	67	58
N_{min}	699	941	1395	1154	557	196
N_{max}	890	1228	1704	1463	658	240

Angaben in Prozent. Daten gewichtet.

Die Validitätsdefizite der Recallfrage sind in den neuen Bundesländern merklich größer als in den alten. Auch scheinen die Anteile richtiger Antworten auf die Rückerinnerungsfrage niedriger zu liegen als in früheren Untersuchungen zu anderen Ländern, etwa Norwegen, den Niederlanden, Großbritannien und den USA (siehe dazu etwa Waldahl/Aardal 2000: 379; van der Eijk/Niemöller 1979: 295; 1983: 299; Schoen 2003: 140f.), ohne dass an dieser Stelle die Gründe für die Unterschiede eingehend analysiert werden könnten. Die Länge des Recallintervalls scheint keine Rolle zu spielen, da 2005 nicht deutlich mehr Personen als 1998 und 2002 korrekte Angaben über ihr Stimmverhalten bei der letzten Bundestagswahl machen, obwohl im ersten Fall drei, in den beiden dagegen vier Jahre seit dem entsprechenden Wahltag vergangenen waren.

Obgleich die vorgestellten Ergebnisse bereits einigermaßen ernüchternd sind, könnten sie die tatsächliche Validität der Rückerinnerungsfrage sogar noch überschätzen. Sehen wir an dieser Stelle einmal von zutreffenden Zufallsantworten ab, ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass Daten aus Wiederholungsbefragungen vorliegen. An den zweiten und späteren Erhebungswellen nehmen in Panels nicht mehr alle ursprünglich befragten Personen teil. Panelausfälle sind nicht zufällig über alle Bevölkerungsgruppen verteilt, sondern treten massiert etwa unter Personen auf, die am Gegenstand der Befragung nicht stark interessiert sind (vgl. etwa Loosveldt/Carton 2001; Schoen 2003: 135ff.). Interesse am Gegenstand ist aber zugleich ein Merkmal, das – wie oben diskutiert – zutreffende Recallangaben begünstigen sollte. In einem Panel dürften also bevorzugt Menschen verbleiben, die überdurchschnittlich genaue Recallangaben machen.

Um diese Vermutung empirisch zu prüfen, wurde untersucht, ob der Verbleib in einem Panel mit der Korrektheit der Recallangaben zusammenhängt.[2] Wie Tabelle 2 zeigt, blieben von den westdeutschen Befragten, die 1998 eine zutreffende Recallantwort gaben, 70 Prozent bis 2002 im Panel, aber nur 58 Prozent derjenigen, die eine falsche Angabe machten. 2002 ist die Differenz zwischen beiden Gruppen mit acht Prozentpunkten etwas geringer, aber immer noch substantiell relevant. Das gilt auch für die generell etwas geringeren Gruppendifferenzen bei den ostdeutschen Befragten. Insgesamt spricht die Analyse dafür, dass die in Tabelle 1 präsentierten Raten richtiger Recallangaben die Validität der Recallfrage infolge der Panelmortalität merklich überschätzen.

[2] Hier, wie in den folgenden Analysen, wird die zweite der oben angeführten Operationalisierungsvarianten verwendet, es sei denn, es wird ausdrücklich auf eine andere Bezug genommen.

Tabelle 2: Zusammenhang zwischen der Richtigkeit der Recallangaben und dem Panelverbleib

	Recall 1998		Recall 2002	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**
korrekt	67	76	48	35
nicht korrekt	55	66	37	29
Differenz	12[b]	11[a]	11[b]	6
N	756	1048	941	517

Angaben: Prozent der im Panel verbliebenen Personen. Signifikanz: a: $p < 0{,}05$; b: $p < 0{,}01$; c: $p < 0{,}001$.

Im nächsten Schritt ist zu fragen, welcher Art die Recallfehler sind. Dazu werden die Bandwagon- und die Konsistenzthese geprüft. Empirisch gibt es offenkundig Schnittmengen zwischen beiden, nämlich bei Personen, die im Moment der Recallfrage mit der Partei sympathisieren, die bei der vorangegangenen Wahl siegreich war. Mit den vorliegenden Daten ist es daher nicht möglich, beide Thesen *en detail* gegeneinander zu testen. An dieser Stelle kann jedoch untersucht werden, in wie vielen Fällen Respondenten im Einklang mit der einen oder der anderen These antworten. Um die Aussagekraft der Anteilswerte zu beurteilen, werden sie verglichen mit der Wahrscheinlichkeit symptomatischer Antworten bei rein zufälligem Antwortverhalten. Zu ihrer Berechnung wird bei jeder Wahl von sieben möglichen Wahlentscheidungen (ohne Wahlabstinenz, sonstige Parteien außer rechtsradikalen werden als eine Partei behandelt) ausgegangen. Die Wahrscheinlichkeit, auf die Recallfrage zufällig im Einklang mit der Konsistenzthese zu antworten, beträgt somit rund 14 Prozent. Symptomatisch für die Bandwagon-These wären bei den Wahlen 1998 die Angaben „CDU/CSU“ und „FDP“ sowie 2002 und 2005 die Nennungen „SPD“ und Grüne“, weshalb die Referenzwahrscheinlichkeit jeweils bei rund 29 Prozent liegt.

Tabelle 3: Recallfehler im Sinne der Bandwagon- und der Konsistenzthese

	1998		2002		2005	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Bandwagon	46	45	52	48	62	58
Aktuelle Parteiwahl	53	42	50	61	45	53
N	310	475	491	510	184	82

Angaben in Prozent der Recallfehler.

Empirisch treten beide Antwortmuster zu allen betrachteten Zeitpunkten deutlich überzufällig auf. In jedem Fall liegen die empirischen Häufigkeiten bei mindestens 40 Prozent und erreichen zum Teil sogar die 60-Prozentmarke (vgl. Tabelle 3). Im direkten Vergleich schneidet eher die Konsistenzthese besser ab als die Bandwagonthese. Zwar übertrifft der Anteil symptomatischer Bandwagon-Antworten den entsprechenden Konsistenz-Wert. Doch ist zu bedenken, dass beide Anteile an unterschiedlichen Referenzwerten zu messen sind und dieser im Falle der Bandwagonthese deutlich höher liegt als bei der Konsistenzthese. Die empirische Evidenz spricht somit dafür, dass Respondenten nicht vollkommen zufällig falsche Recallangaben

geben, sondern dabei bestimmte Strategien verfolgen. Im Vergleich zur Bandwagonthese scheint die Konsistenzthese das Antwortverhalten stärker zu beeinflussen.

Die Konsistenzthese spricht für die Vermutung, die tatsächliche Stabilität des Wahlverhaltens begünstige zutreffende Recallangaben. Sie wird von der empirischen Evidenz eindrucksvoll bestätigt. In West- und in Ostdeutschland übertreffen die Stammwähler die Wechselwähler in der Korrektheit ihrer Antworten auf die Rückerinnerungsfrage zu allen drei Zeitpunkten um Längen. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, liegen die Differenzen zwischen knapp 50 und 60 Prozentpunkten. Wie die theoretische Diskussion gezeigt hat, dürfte der große Vorsprung nicht damit zusammenhängen, dass Stammwähler per se aufrichtiger seien oder ein besseres Gedächtnis besäßen. Vielmehr führt bei ihnen beispielsweise die plausible Strategie, eine Erinnerungslücke zu schließen, indem sie mit der aktuellen Parteipräferenz auf die Recallfrage antworten, zu einer richtigen Antwort, bei Wechselwählern hingegen zu einer falschen.

Tabelle 4: Anteil richtiger Antworten auf die Recallfrage bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 in Abhängigkeit von der Stabilität des Wahlverhaltens

	1998		**2002**		**2005**	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Stammwähler	86	85	86	88	88	89
Wechselwähler	26	36	40	32	35	34
Differenz	60[c]	49[c]	46[c]	56[c]	53[c]	56[c]
N	624	820	1282	1045	920	331

Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkte. Signifikanz: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$. Daten gewichtet.

Die eklatante Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern sowie die Dominanz von Antwortfehlern im Sinne der Konsistenzthese deuten darauf hin, dass die Validitätsdefizite der Recallfrage deren Nutzen für Wählerwanderungsanalysen erheblich reduzieren. Denn betrachtet man das Wahlverhalten bei aufeinanderfolgenden Wahlen, dürfte die Wechselrate deutlich niedriger ausfallen, wenn man die Angabe zur aktuellen Stimmabgabe mit der Antwort auf die Recallfrage vergleicht, als wenn man die Auskunft derselben Personen zu ihrem aktuellen Wahlverhalten zum Zeitpunkt der vorangegangenen Wahl als Vergleichsmaßstab verwendete. Diese Vermutung wird überprüft, indem für ein und dieselben Personen die Wechselaktivität einmal mit Hilfe der Panel-, einmal mit der Recallmethode ermittelt wird.[3]

Die in Tabelle 5 zusammengestellten Ergebnisse unterstützen die Vermutung eindeutig. In allen betrachteten Fällen übertrifft die mit der Panelmethode ermittelte Wechselrate die recallbasierte zumindest tendenziell, in den meisten Fällen aber sogar ganz erheblich. Beispielsweise ergibt sich 1998 für West- und Ostdeutschland jeweils eine um rund zehn Prozentpunkte niedrigere Wechselrate, wenn man die Recallvariante anstelle der Panelmethode verwendet. Gerade in Ostdeutschland

[3] Es werden nur diejenigen Befragten betrachtet, die auf die Fragen nach der gegenwärtigen und der zurückliegenden Wahlentscheidung eine Partei genannt haben. Die Einbeziehung der selbst deklarierten Nichtwähler ändert die Zahlenwerte etwas, ohne aber die Ergebnisse in der Substanz zu berühren.

scheint die Diskrepanz im Laufe der Zeit sogar noch ein wenig angewachsen zu sein. Die Forschung unterschätzt somit die Wechselhaftigkeit des Wahlverhaltens erheblich, wenn sie anstelle der Panelmethode die Recalltechnik einsetzt.[4] Gleichwohl dürfte auch in Zukunft – nicht zuletzt aus Kostengründen – häufig nur die zweite Methode eingesetzt werden. Soweit dies geschieht, sollte man sich der damit verbundenen Verzerrungen bewusst sein.

Tabelle 5: Anteil der Wechselwähler in Abhängigkeit von der Operationalisierung der Wechselwahl

	1998		2002		2005	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Recall	21	32	23	28	28	32
Panel	32	42	34	49	46	63
Differenz	12[c]	10[c]	11[c]	22[c]	18[c]	31[c]
N	592	773	775	398	507	168
			Bereits 1994 befragt		**Bereits 1998 befragt**	
Recall			23	25	27	32
Panel			30	44	30	38
Differenz			7[b]	19[c]	3	6[a]
N			447	596	392	149

Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkte. Signifikanz: a: $p < 0{,}05$; b: $p < 0{,}01$; c: $p < 0{,}001$. Daten gewichtet. Im oberen Teil der Tabelle sind die Ergebnisse für diejenigen Personen ausgewiesen, die zum Zeitpunkt t-1 erstmals befragt wurden. Im unteren Teil finden sich die Ergebnisse für die Personen, die bereits an früheren Befragungswellen teilnahmen.

Nachdem Häufigkeit und Art von Falschantworten beschrieben sind, soll nun nach den Größen gefragt werden, die einen Einfluss darauf haben, ob eine Person die Recallfrage richtig beantwortet. Zunächst wird geprüft, ob der Befragungszeitpunkt eine Rolle spielt. In logistischen Regressionsanalysen kann bei den Wahlen 1998 und 2002 weder nachgewiesen werden, dass die Antworten auf die Rückerinnerungsfrage vor einer Wahl zunehmend häufiger mit dem früheren Wahlverhalten übereinstimmen, noch nimmt die Kongruenz beider Angaben nach der Wahl von Tag zu Tag systematisch ab (vgl. Tabelle 6).[5] Dieses Ergebnis kann darauf hindeuten, dass von der Wahlkampfkommunikation keine oder einander wechselseitig neutralisierende Effekte ausgehen. Allerdings könnten Effekte nachweisbar sein, wenn man nicht nur die relativ knappe Spanne von rund zwei Monaten vor und nach einer Wahl betrachtete, sondern größere zeitliche Distanzen zu Wahlen.

[4] In weiterführenden Analysen wurde geprüft, ob die Tendenz zur Unterschätzung der Wechselwahl mit der Rückerinnerungsmethode mit der Teilnahme an weiteren Befragungswellen zusammenhängt. Diese Vermutung konnte für den Panelverbleib 1998-2002 und 2002-2005 untersucht werden. In keinem einzigen Fall, weder in West- noch in Ostdeutschland, konnte jedoch ein Zusammenhang nachgewiesen werden, was mit Ergebnissen entsprechender Analysen zur Wechselwahl in Großbritannien in Einklang steht (siehe dazu Schoen 2003: 149-150). Ebenso ist kein signifikanter Zusammenhang zwischen Panelverbleib und Wechselrate zu erkennen (siehe dazu auch Schoen 2003: 135-140). Folglich ist vorerst davon auszugehen, dass die Panelmortalität die vorgestellten Ergebnisse nicht substantiell beeinflusst.

[5] Negative Befunde resultieren auch, wenn Vor- und Nachwahlrespondenten zusammengefasst werden.

Tabelle 6: Wirkung der zeitlichen Distanz des Befragungstermins zum Wahltag auf die Korrektheit der Recallangaben

	1998				2002			
	West		Ost		West		Ost	
	Vor	Nach	Vor	Nach	Vor	Nach	Vor	Nach
Zeit	0,22	-0,74	-0,46	-0,20	-0,06	-0,66	0,45	-0,40
	(0,48)	(0,79)	(0,44)	(0,82)	(0,41)	(0,35)	(0,47)	(0,40)
Konstante	0,49[a]	0,61	-0,14	0,39	0,74[b]	0,86[c]	0,54	0,52[b]
	(0,23)	(0,37)	(0,21)	(0,38)	(0,26)	(0,16)	(0,29)	(0,17)
N	329	383	491	532	575	880	432	801

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern. Signifikanz: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.
In den Vorwahlanalysen besitzen die Zeitvariablen einen Wertebereich von -1 (erster Befragungstag) bis 0 (letzter Befragungstag vor der Wahl), in den Nachwahlanalysen liegt das Minimum bei 0 (erster Erhebungstag nach der Wahl), das Maximum bei +1 (letzter Tag der Erhebung).
Anmerkung: Bei getrennter Analyse der Befragten, die bereits 1994 an der Befragung teilgenommen hatten, und der Befragten, die 1998 erstmals interviewt wurden, ergeben sich 2002 keine erheblichen Unterschiede.

Im nächsten Schritt wird der Einfluss der in Abschnitt 2 diskutierten Befragtenmerkmale untersucht. Generell werden das Lebensalter, die formale Bildung, politisches Wissen, politisches Interesse, Stärke der Parteiidentifikation sowie das Wahlpflichtgefühl berücksichtigt. In die Analyse zur Wahl 2005 können zusätzlich Persönlichkeitsfaktoren einbezogen werden.[6] Um die Vergleichbarkeit der Analysen über Wahljahre hinweg zu gewährleisten, konnten die betrachteten Konzepte nicht immer mit multiplen Indikatoren gemessen werden (siehe zu den Operationalisierungen den Anhang).

Wie Tabelle 7 und 8 zeigen, können die betrachteten Konzepte die Korrektheit der Antworten auf die Recallfrage allenfalls mäßig erklären. Das korrigierte Pseudo-R^2 nach McFadden als Maß für die Anpassung der Gesamtmodelle bewegt sich zwischen zwei und zehn Prozent. Systematische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland lassen sich ebensowenig erkennen wie ein konsistenter Trend zu einer größeren oder kleineren Erklärungskraft.

Die einzelnen Prädiktoren schneiden sehr unterschiedlich ab. Das Lebensalter hängt in zwei Fällen sogar unter Kontrolle von Einstellungs- und Wissensvariablen mit der Recallgenauigkeit zusammen. Allerdings handelt es sich in beiden Fällen nicht um die erwarteten negativen Effekte, vielmehr sind positive Wirkungen festzustellen. Das könnte etwa damit zusammenhängen, dass ältere Menschen in der Regel stabiler wählen als junge und daher mit der Konsistenzheuristik mit höherer Wahrscheinlichkeit zu einer zutreffenden Recallantwort gelangen.
Die formale Bildung gilt in der Literatur als Faktor, der die Korrektheit der Recallantworten begünstigt. In der vorliegenden Analyse findet sich jedoch nur ein Anhaltspunkt für diese Vorstellung, nämlich der signifikant positive Effekt in der bivariaten Analyse in Ostdeutschland 1998. In allen anderen Fällen ist selbst in bivaria-

[6] Die Persönlichkeitsmerkmale wurden im Jahr 2002 erhoben. Da Persönlichkeitsmerkmale zeitlich stabil sind, dürften diese Werte die Persönlichkeitsprofile der Befragten im Jahr 2005 gut abbilden. Da diese Merkmale mit jeweils nur einem Item gemessen wurden, ist von einer im Vergleich zu multiplen Indikatoren verminderten Reliabilität auszugehen.

ten Auswertungen kein Effekt nachweisbar, erst recht nicht in multivariaten. Die formale Bildung ist somit praktisch irrelevant für die Korrektheit der Recallangaben. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass sie nur mäßig mit dem Erinnerungsvermögen und der Motivation, korrekte Vorstellungen von der politischen Umwelt zu besitzen, zusammenhängt.

Politisches Wissen ist für die Richtigkeit der Recallangaben ebenfalls praktisch irrelevant. Allein bei der Analyse 1998 in Ostdeutschland ist ein positiver Effekt nachzuweisen.[7] Aus den insgesamt negativen Befunden sollte man allerdings nicht sogleich folgern, politisches Wissen könne überhaupt nichts zur Erklärung der Recallkorrektheit beitragen. Denn in den vorliegenden Analysen wurde nur ein Indikator verwendet, dessen Eignung, das komplexe Phänomen politisches Wissen umfassend abzubilden, durchaus diskussionswürdig ist.

Tabelle 7: Determinanten richtiger Antworten auf die Rückerinnerungsfragen (bivariate logistische Regressionen)

	1998		2002		2005	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Alter	0,01	0,02[b]	0,01[b]	0,01	0,04[c]	0,01
	(0,01)	(0,01)	(0,004)	(0,01)	(0,01)	(0,01)
Bildung	0,22	0,61[b]	-0,12	0,14	-0,62	-0,21
	(0,22)	(0,20)	(0,18)	(0,21)	(0,35)	(0,48)
Politisches	-0,04	0,48[b]	-0,17	0,15	-0,19	0,75
Wissen	(0,19)	(0,16)	(0,17)	(0,16)	(0,30)	(0,42)
Politisches	1,46[c]	1,89[c]	1,04[b]	1,00[b]	1,43[a]	2,78[b]
Interesse	(0,38)	(0,33)	(0,35)	(0,34)	(0,58)	(0,81)
Parteibindung	1,31[c]	1,73[c]	1,28[c]	1,07[c]	1,44[c]	1,11
	(0,30)	(0,26)	(0,24)	(0,25)	(0,36)	(0,60)
Kompetenz-	0,55	1,24[c]	0,46	0,52	0,23	0,21
gefühl	(0,29)	(0,25)	(0,26)	(0,27)	(0,12)	(0,16)
Wahlpflicht-	1,02[a]	0,99[b]	0,38	0,72*	0,59	0,30
gefühl	(0,46)	(0,29)	(0,37)	(0,29)	(0,84)	(0,76)
Neurotizismus	-	-	-	-	-1,13[a]	-0,24
					(0,47)	(0,50)
Gewissen-	-	-	-	-	0,06	0,02
haftigkeit					(0,32)	(0,48)
N	702	992	1398	1171	526	183

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, Standardfehler in Klammern. Signifikanz: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Die Persönlichkeit eines Befragten scheint für die Korrektheit seiner Antworten auf die Recallfrage nicht vollkommen irrelevant zu sein. Zwar spielt Gewissenhaftigkeit überhaupt keine Rolle, doch begünstigt emotionale Ausgeglichenheit zutreffende Rückerinnerungsangaben. Soweit die Indikatoren valide messen, kann man daher schließen, dass die Motivation, sich intensiv und systematisch mit einem Gegenstand auseinanderzusetzen, die im Merkmal „Gewissenhaftigkeit“ enthalten ist, ohne

[7] 1998 und 2002 liegt ein zusätzlicher Wissensindikator vor, so dass man Wissen mit zwei Items abbilden kann. Allerdings resultieren mit dieser Operationalisierung praktisch die gleichen Ergebnisse wie mit dem 1998, 2002 und 2005 erhobenen Wissensitem.

Bedeutung für die Recallgenauigkeit ist. Dagegen scheint Unempfänglichkeit für momentane Stimmungsschwankungen die Wahrscheinlichkeit, korrekte Angaben zu machen, zu erhöhen.

Das Gefühl, politisch kompetent zu sein, trägt ebenfalls praktisch nichts zur Erklärung der Recallkorrektheit bei. Wie beim Wissen bildet die ostdeutsche Analyse 1998 die Ausnahme zur Regel. Diese Selbstwahrnehmung scheint relativ wenig mit den kognitiven und motivationalen Voraussetzungen für richtige Antworten auf die Recallfrage zu tun zu haben.[8]

Tabelle 8: Determinanten richtiger Antworten auf die Rückerinnerungsfragen (logistische Regressionen)

	1998		**2002**		**2005**	
	West	**Ost**	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
Alter	0,01	0,02[c]	0,01	0,01	0,03[b]	0,01
	(0,01)	(0,01)	(0,01)	(0,01)	(0,01)	(0,01)
Bildung	0,02	0,45	-0,05	0,03	-0,40	-0,44
	(0,26)	(0,26)	(0,21)	(0,24)	(0,38)	(0,61)
Politisches	-0,24	0,35[a]	-0,21	0,07	-0,08	0,58
Wissen	(0,20)	(0,17)	(0,18)	(0,17)	(0,27)	(0,43)
Politisches	1,04[a]	0,72	0,64	0,43	0,67	2,74[b]
Interesse	(0,45)	(0,40)	(0,34)	(0,39)	(0,65)	(0,96)
Parteibindung	1,04[b]	1,48[c]	1,13[c]	0,85[b]	1,32[c]	0,54
	(0,31)	(0,26)	(0,26)	(0,28)	(0,40)	(0,63)
Kompetenz-	0,26	0,78[b]	,33	0,21	-,87	0,10
gefühl	(0,33)	(0,30)	(0,29)	(0,30)	(0,49)	(0,82)
Wahlpflicht-	0,37	0,34	-0,15	0,41	-0,41	-0,94
gefühl	(0,49)	(0,32)	(0,37)	(0,32)	(0,86)	(0,96)
Neurotizismus	-	-	-	-	-0,84[a]	-0,68
					(0,40)	(0,50)
Gewissen-	-	-	-	-	-0,13	-0,30
haftigkeit					(0,30)	(0,49)
Konstante	-1,37[b]	-3,11[c]	-0,65	-1,14[b]	-0,44	-0,71
	0,52)	(0,46)	(0,47)	(0,41)	(0,97)	(1,30)
Korr. Pseudo-R^2 (×100)	3,3	9,6	2,9	1,9	9,9	5,0
N	702	992	1398	1171	526	183

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern. Signifikanz: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

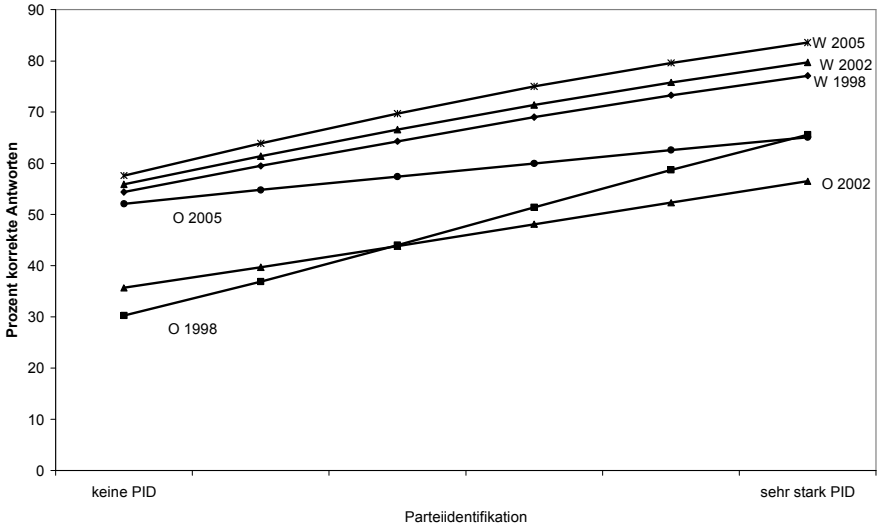
Das Wahlpflichtgefühl wurde in die Analyse einbezogen, weil die Literatur annimmt, es bilde eine Motivation, Wahlen eine wichtige Rolle zuzuschreiben und das eigene Wahlverhalten zuverlässig und leicht zugänglich im Langzeitgedächtnis abzuspeichern. Die bivariaten Ergebnisse unterstützen diese Sichtweise in Teilen. Die dort nachweisbaren Effekte verschwinden allerdings in multivariaten Modellen. Das deutet darauf hin, dass die motivationalen Komponenten der verinnerlichten

[8] Bestätigt wird dieses Ergebnis in Analysen mit multiplen Indikatoren zu den Jahren 1998 und 2002.

Wahlnorm, die für den Recall relevant sind, von anderen Variablen abgedeckt werden. Hier dürften vor allem die beiden verbleibenden Größen eine Rolle spielen.

Großes politisches Interesse und starke Parteibindungen begünstigen bivariat mit einer kleinen Ausnahme richtige Antworten auf die Rückerinnerungsfrage. Das Interesse büßt seine eigenständige Wirkung im multivariaten Modell zumeist ein. Allein bei den Ostdeutschen des Jahres 2005 bleibt ein signifikanter Effekt nachweisbar, der dann sogar von enormer substantieller Bedeutung ist.

Abbildung 1: Effekt der Parteiidentifikation auf die Richtigkeit der Recallantworten in West- und Ostdeutschland 1998 bis 2005



Anmerkung: Die Werte wurden auf der Basis der Regressionsgleichungen in Tabelle 7 ermittelt, wobei alle Variablen außer der Parteiidentifikation auf ihr arithmetisches Mittel bzw. ihren Modalwert gesetzt wurden.

In allen anderen Fällen erweist sich im multivariaten Modell die Parteiidentifikation als die wichtigste Einflussgröße. Wie Abbildung 1 zeigt, steigert sie in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Antwort auf die Recallfrage um mindestens 20 Prozentpunkte, wobei sich von 1998 bis 2005 eine leicht steigende Tendenz abzeichnet. In den neuen Bundesländern lässt der Parteibindungseffekt im gleichen Zeitraum dagegen nach, und zwar deutlicher, als er in den alten zunimmt: 1998 nimmt die Recallgenauigkeit um über 30 Prozentpunkte zu, wenn man von parteipolitischer Unabhängigkeit zu einer starken Parteiidentifikation übergeht, 2005 liegt der Zuwachs dagegen deutlich unter 20 Prozentpunkten. In aus Platzgründen nicht eigens dokumentierten disaggregierten Analysen lässt sich unter Stammwählern ein sehr starker positiver Parteibindungseffekt auf die Korrektheit der Recallantworten nachweisen. Unter Wechselwählern verschwindet der positive Effekt, oder er verwandelt sich sogar in einen negativen. Zudem lassen Parteibindungen die Wahrscheinlichkeit, dass jemand auf die Recallfrage mit „weiß nicht“ entgegnet, deutlich

sinken. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Parteibindungen die Erinnerung in ihrem Sinne verzerren und von manchem Befragten, der sich nicht erinnern kann, als Heuristik genutzt werden.

Soweit sie mit den vorliegenden Daten erhellt werden können, deutet die empirische Evidenz darauf hin, dass vor allem die Motivation, sich mit Politik auseinanderzusetzen, eine wichtige Rolle spielt. Allerdings scheint es weniger auf ein parteipolitisch neutrales Interesse anzukommen, eher scheinen parteipolitische Loyalitäten und daraus resultierende Verzerrungen eine wesentliche Rolle dabei zu spielen. Die insgesamt geringe Erklärungsleistung weist zum einen auf Theoriedefizite hin. Offenbar tragen die vorliegenden Ansätze in bescheidenem Umfang dazu bei, die Gründe für Recallfehler zu klären. Zum anderen deuten die Erklärungsprobleme auf Operationalisierungsdefizite hin. So konnte Wissen nur mit einem Item erfasst werden. Zudem konnten einige theoretisch relevante Merkmale – etwa Makro- und Mesofaktoren – nicht berücksichtigt werden. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Argumente sprechen die Ergebnisse nicht zuletzt dafür, die Theoriebildung auf diesem Gebiet weiter voranzutreiben.

5. Schluss

Im vorliegenden Beitrag wurde die Validität der wahlbezogenen Recallfrage bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 empirisch untersucht. Es konnten erhebliche Validitätsdefizite nachgewiesen werden. Höchstens zwei Drittel der Recallangaben stimmen mit den Auskünften zum tatsächlichen Wahlverhalten bei dem entsprechenden Urnengang überein. In den neuen Ländern scheinen die Defizite etwas größer zu sein als in den alten. Zu einem erheblichen Teil bestehen die Antwortfehler darin, dass Befragte anstelle der früher tatsächlich gewählten Partei die gegenwärtig bevorzugte nennen. Dazu können verschiedene Prozesse beitragen. Einige Befragte können sich nicht erinnern und nutzen die momentane Parteipräferenz als Heuristik, um auf die Rückerinnerungsfrage die Antwort nicht schuldig bleiben zu müssen. Bei anderen Personen verformt eine starke Bindung an eine Partei die Erinnerung so stark, dass sie sich zuverlässig an ihr Votum für die Identifikationspartei zu erinnern meinen. Es ist aber auch an Menschen zu denken, die sich durchaus an ihr tatsächliches Votum erinnern können, aber keine von ihrer gegenwärtigen Parteipräferenz abweichende Wahlentscheidung zu Protokoll geben wollen. Die quantitative Bedeutung dieser Muster sowie beliebiger Mischformen konnte in diesem Beitrag freilich nicht exakt bestimmt werden.

Die vorgestellten Ergebnisse zu den Validitätsdefiziten der Recallfrage besitzen Implikationen für Methoden und Analysen, die mit diesem Instrument operieren. Die Wechselwahlforschung, die mit der Recallmethode arbeitet, unterschätzt systematisch die Wechselhaftigkeit des Wahlverhaltens. Daraus kann man nicht den Schluss ziehen, dieses Instrument künftig nicht mehr einzusetzen, da sich die Panelmethode häufig allein aus Kostengründen verbietet. Soweit man die Rückerinnerungstechnik einsetzt, sollte man sich freilich der damit verbundenen Verzerrungen bewusst sein und sie bei der Interpretation entsprechender Analysen von Wahlverhalten zu berücksichtigen oder gar zu korrigieren suchen; dies wäre freilich einfa-

cher, wenn aussagekräftige Erkenntnisse über Ursachen von Recallfehler vorlägen. Zugleich lassen die erheblichen Recallfehler die in der Umfrageforschung verbreitete Recallgewichtung in einem zweifelhaften Licht erscheinen, nämlich als Korrekturinstrument, das selbst mit erheblichen Fehlern behaftet ist.

Die Frage nach in der Vergangenheit liegendem Wahlverhalten ist nicht die einzige Rückerinnerungsfrage in der empirischen Sozialforschung. Im Gegenteil, die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, wie selbstverständlich diese Technik eingesetzt wird, um Erkenntnisse über menschliches Verhalten zu gewinnen. Anders als der wahlbezogene Recall werden diese Rückerinnerungsfragen freilich kaum systematischen Validierungsanalysen unterzogen. Daraus darf freilich nicht auf deren Unbedenklichkeit geschlossen werden. Vielmehr ist auch hier mit erheblichen Verzerrungen zu rechnen (siehe etwa McPhee et al. 2002). Sie sollten in Zukunft genauer untersucht werden, da es auf diese Weise vermieden werden kann, aus verzerrten Interviewauskünften womöglich weit reichende Handlungsempfehlungen abzuleiten, die in die Irre führen. Darüber hinaus könnten Analysen zu Rückerinnerungsfragen auf verschiedenen Themenfeldern helfen, die Prozesse besser zu verstehen, die in eine richtige oder falsche Antwort auf Recallfragen münden.

Anhang

Alter: metrisch.

Bildung: 0: höchstens Hauptschulabschluß; 0,5: Mittlere Reife; 1: (Fach-)Abitur.

Wahlsystemwissen: 0: falsche Antwort; 1: richtige Antwort.

Politisches Interesse: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Würden Sie sagen... .“ 0 (kein Interesse) bis 1 (starkes Interesse).

Parteibindung: „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“; „Wie stark oder wie schwach neigen Sie, alles zusammengenommen, dieser Partei zu? Neigen Sie sehr stark, stark, mittelmäßig, schwach oder sehr schwach zu?“ 0 (keine Parteibindung) bis 1 (sehr starke Parteibindung).

Kompetenzgefühl: „Die ganze Politik ist so kompliziert, daß jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“ 0 (niedrig) bis 1 (hoch).

Wahlpflichtgefühl: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ 0 (niedrig) bis 1 (hoch).

Neurotizismus: „Sie sind normalerweise eher seelisch ausgesglichen oder eher seelisch unausgeglichen?“ 0: ausgeglichen; 1: unausgeglichen.

Gewissenhaftigkeit: „Sie sind normalerweise eher gewissenhafft oder eher locker und ungezwungen?“ 0: ungezwungen; 1: gewissenhaft.

Literatur

Anderson, Christopher J./Blais, André/Bowler, Shaun/Donovan, Todd/Listhaug, Ola 2005: Losers' Consent: Elections and Democratic Legitimacy. Oxford: Oxford University Press.

Auto Motor und Sport 2005: Umfrage: Blinken? Nein, danke! [http://auto-motor-und-sport.de/d/83129] <10.12.2005>.

Bayern 2 Radio 2005: Schwarzarbeit: Die hausgemachte Billig-Konkurrenz [http://www.br-online.de/bayern-heute/thema/mittelstand/schwarzarbeit.xml] <10.12.2005>.

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. 1960: The American Voter. New York: Wiley.

Converse, Philip E. 1962: Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes. In: Public Opinion Quarterly 26, 578-599.

Costa, Paul T./McCrae, Robert R. 1989: The NEO PI/FFI Manual Supplement. Odessa, Florida: Psychological Assessment Resources.

Die Neue Epoche Online 2005: Thomas Mann ist für Deutsche der bedeutendste Autor [http://www.dieneueepoche.com/articles/2005/09/03/4978.html] <10.12.2005>.

Der Spiegel 2005: Reisebuchung per Mausklick immer beliebter [http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,345526,00.html] <10.12.2005>.

van der Eijk, Cees/Niemöller, Broer 1979: Recall Accuracy and its Determinants. In: Acta Politica 14, 289-342.

van der Eijk, Cees/Niemöller, Broer 1985: The Netherlands. In: Crewe, Ivor/Denver, David (Hrsg.): Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility. London: Croom Helm, 342-371.

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogenkonsum 2005: Stand der Drogenproblematik in Europa. Jahresbericht 2005. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 235-271.

Festinger, Leon 1966: A Theory of Cognitive Consistency. Stanford: Stanford University Press.

Finkel, Steven E. 1989: The Effects of the 1980 and 1984 Campaigns on Mass Ideological Orientations: Testing the Salience Hypothesis. In: Western Political Quarterly 42, 325-346.

Gehring, Uwe 1994: Wählerwanderungsbilanzen der Bundestagswahl 1990: Eine Überprüfung des infas-Konzepts mit Daten der Forschungsgruppe Wahlen. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt/Main: Peter Lang, 93-112.

Granberg, Donald/Holmberg, Sören 1988: The Political System Matters. Cambridge: Cambridge University Press.

Granberg, Donald/Holmberg, Soren 1991: Self-Reported Turnout and Voter Validation. In: American Journal of Political Science 35, 448-459.

Heider, Fritz 1946: Attitudes and Cognitive Organization. In: Journal of Psychology 21, 107-112.

Hilmer, Richard/Kunert, Michael 2005: Wählerwanderung: Das Modell von Infratest dimap. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 134-156.

Himmelweit, Hilde T./Jaeger, Marianne/Stockdale, Janet 1978: Memory for Past Vote: Implications of a Study of Bias in Recall. In: British Journal of Political Science 8, 365-375.

Juhász, Zoltán 1993: Wahlabsicht und Rückerinnerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien?. In: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs. Frankfurt/Main: Peter Lang, 27-50.

Krauß, Fritz 1994: Gewichtung bei Umfragen zum politischen Meinungsklima. In: Gabler, Siegfried/Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P./Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, 152-165.

Lavine, Howard/Borgida, Eugene/Sullivan, John L. 2000: On the Relationship Between Attitude Involvement and Attitude Accessibility: Toward a Cognitive-Motivational Model of Political Information Processing. In: Political Psychology 21, 81-106.

Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel 1944: The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in Presidential Campaign. New York: Columbia University Press.

Lodge, Milton/Taber, Charles S. 2005: The Automaticity of Affect for Political Leaders, Groups, and Issues: An Experimental Test of the Hot Cognition Hypothesis. In: Political Psychology 26, 455-482.

Loosveldt, Geert/Carton, Ann 2001: An Empirical Test of a Limited Model for Panel Refusals. In: International Journal of Public Opinion Research 13, 173-185.

Marcus, George E./MacKuen, Michael B. 2001: Emotions and Politics: The Dynamic Functions of Emotionality. In: Kuklinski, James H. (Hrsg.): Citizen and Politics. Perspectives from Political Psychology. Cambridge: Cambridge University Press, 41-67.

Marcus, George E./Neuman,W. Russell/MacKuen, Michael 2000: Affective Intelligence and Political Judgment, Chicago und London: University of Chicago Press.

McPhee, S.J./Nguyen, T.T./Shema, S.J./Nguyen, B./Somkin, C./Vo, P./Pasick, R. 2002: Validation of breast and cervical cancer screening by women in an ethnically diverse population. In: Preventive Medicine 35, 463-473.

Milbrath, Lester W./Goel, M.L. 1977: Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics? 2. Auflage. Lanham: Rand McNally.

Powers, Edward A., Willis J. Goudy und Pat M. Keith 1978: Congruence Between Panel and Recall Data in Longitudinal Research. In: Public Opinion Quarterly 42, 380-389.

Presser, Stanley/Traugott, Michael 1992: Little White Lies and Social Science Models. Correlated Response Errors in a Panel Study of Voting. In: Public Opinion Quarterly 56, 77-86.

Rattinger, Hans/Ohr, Dieter 1993: Zur Beziehung zwischen in der Vorwahlzeit erhobenen Wahlabsichten und Wahlergebnissen. In: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs. Frankfurt/Main: Peter Lang, 3-25.

Redlawsk, David P. 2002: Hot Cognition or Cool Consideration? Testing the Effects of Motivated Reasoning on Political Decision Making. In: Journal of Politics 64, 1021-1044.

Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Opladen: Leske und Budrich.

Schoen, Harald 2000: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich. In: van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen: Leske und Budrich, 199-226.

Schoen, Harald 2003: Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Schoen, Harald 2004: Kandidatenorientierungen im Wahlkampf. Eine Analyse zu den Bundestagswahlkämpfen 1980-1998. In: Politische Vierteljahresschrift 45, 321-345.

Schumann, Siegfried/Schoen, Harald (Hrsg.) 2005: Persönlichkeit – Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Silver, Brian D./Anderson, Barbara A./Abramson, Paul R. 1986: Who Overreports Voting? In: American Political Science Review 80, 613-624.

Steenbergen, Marco R./Lodge, Milton 2003: Process Matters: Cognitive Models of Candidate Evaluation. In: MacKuen, Michael B./Rabinowitz, George (Hrsg.): Electoral Democracy. Ann Arbor: University of Michigan Press, 125-171.

Taber, Charles S./Lodge, Milton/Glathar, Jill 2001: The Motivated Construction of Political Judgments. In: Kuklinski, James H. (Hrsg.): Citizen and Politics. Perspectives from Political Psychology. Cambridge: Cambridge University Press, 198-226.

Traugott, Michael W./Katosh, John P. 1979: Response Validity in Surveys of Voting Behavior. In: Public Opinion Quarterly 43, 359-377.

Umfragen 2005: Umfrage: Das Geburtsdatum ist das beliebteste Passwort [http://www.umfragen.info/online/umfrage/archiv/2005/06/11/umfrage-das-geburtsdatum-ist-das-beliebteste-passwort/] <10.12.2005>.

van Deth, Jan W. 2000: Das Leben, nicht die Politik ist wichtig. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 115-135.

Vetter, Angelika/Maier, Jürgen 2005: Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994-2002. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 51-90.

Waldahl, Ragnar/Aardal, Bernt Olav 1982: Can We Trust Recall-Data? In: Scandinavian Political Studies 5, 101-116.

Waldahl, Ragnar/Aardal, Bernt Olav 2000: The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels. In: Scandinavian Political Studies 23, 373-389.

Weir, Blair T. 1975: The Distortion of Voter Recall. In: American Journal of Political Science 19, 53-62.

Zuccato, Ettore/Chiabrando, Chiara/Castiglioni, Sara/Calamari, Davide/Bagnati, Renzo/Schiarea, Silvia/Fanelli, Roberto 2005: Cocaine in surface waters: a new evidence-based tool to monitor community drug abuse. In: Environmental Health: A Global Access Science Source 4, 14.